

«Basisanrede_Anschrift»
«Titel» «Vorname» «Adelstitel»
«Nachname»«Nachtitel_Trennzeichen»
«Nachtitel»
«Firma1»
«Firma2»
«Firma3»
«Straße_Postfach»
«PLZ» «Ort»

Ihr „Nein“ FÜR Europa
Abstimmung am 29. September über das Gesetz
zur Änderung des „StabMechG“ / „EFSF-Ertüchtigung“
Berlin, 22. September 2011

«Briefanrede»

zuerst trat Bundesbankpräsident Weber zurück, jetzt EZB-Chefvolkswirt Stark. Und der neue Bundesbankpräsident Weidmann kritisiert deutlich die Euro-Rettungspolitik. Es kann etwas nicht stimmen mit der praktizierten Euro-Rettung. Erinnern Sie sich noch an das erste Griechenland-Hilfspaket? Wurde uns allen damals nicht versprochen, es bleibe bei einer einmaligen Hilfsaktion?

Die erweiterte EFSF erhält mit Ihrer Zustimmung untragbare Privilegien, wenn Staatsanleihen aufgekauft werden und „präventiv“ mit Krediten der Geldhahn zugunsten hochverschuldeter Euroländer geöffnet wird. Wenn aber Länder wie Italien die Auflagen der EFSF aus welchen Gründen auch immer nicht einhalten, dann werden die Garantien für die EFSF ohnehin nicht ausreichen. Wie viele Milliarden Euro schießen Sie dann nach? Das werde schon nicht passieren? – erinnern Sie sich nur an die Versprechen beim ersten Griechenland-Hilfspaket!

Was Sie jetzt als Garantien an die EFSF verpfänden, ist die Wirtschaftskraft der jungen Generation. Der Weg der „Rettung“ europäischer Hochschuldenstaaten durch garantierte Kredite und EZB- oder EFSF-Staatsanleihenkäufe führt nicht zum Ziel. Diese EFSF-Ertüchtigung führt nur zu noch höheren Verschuldungen, die immer wieder und wieder von den Kernländern Europas über Nachschüsse zu bezahlen sein werden.

Bundesbankpräsident Dr. Jens Weidmann hat am 13. September in seiner Kölner Rede vor Familienunternehmern zur geplanten EFSF-Ertüchtigung klar formuliert:

„Die bereits ergriffenen und in Aussicht gestellten Maßnahmen verschieben die Balance des Rahmenwerks in eine auf lange Sicht nicht tragfähige Richtung.“ (vgl. Volltext in der Anlage, Seite 5)

Marie-Christine Ostermann
Bundesvorsitzende
Charlottenstraße 24
10117 Berlin
Tel. 030 300 65-0
Fax 030 300 65-303
ostermann@bju.de

Ralf Saatkamp
Stellv. Bundesvorsitzender
Vorsitzender der Wirtschafts-
politischen Kommission
Charlottenstraße 24
10117 Berlin
Tel. 030 300 65-0
Fax 030 300 65-390
saatkamp@bju.de

Mitglieder des Bundespräsidiums
Marie-Christine Ostermann
(Vorsitzende)
Tobias Heitmann
Sebastian Koeppel
Philipp Möller
Ralf Saatkamp
(Stellv. Vorsitzende)

Richard Borek
Jens Fiege
Yvonne E. M. Gausepohl
Tobias Ragge
Alexander Schwörer
Marcus Zamek

Seite 2
zum Schreiben vom
22. September 2011

„Ein Mittelweg, den wir mit einigen der jüngsten Beschlüsse beschreiben, führt nach meiner Überzeugung hingegen in eine Richtung, die nicht nachhaltig stabil sein wird.“ (vgl. Volltext in der Anlage, Seite 23)

Seit fast zwei Jahren warnen wir vor dem bisherigen Weg in den Verschuldungsstaat und zeigen konkrete Handlungsalternativen auf. Europa sollte sich auf einen Krisenmechanismus einigen, der vor allem zur Abwicklung von Umschuldungen genutzt wird. Die führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler warnen wie wir, der geplanten Ertüchtigung der EFSF zuzustimmen – von den 190 Volkswirtschaftsprofessoren bis zu den wissenschaftlichen Beratern des Bundesfinanzministers, die zusammen mit den Professoren Sinn, von Weizsäcker u. a. am 16. September praxisnahe, politiktaugliche Verbesserungsvorschläge vorgelegt haben. Es gibt Alternativen!

Wir wissen, Ihre Wahl mag wie die zwischen Pest und Cholera wirken. In der Tat hat jede Entscheidung hohe Kosten zur Konsequenz – aber zwischen beiden Wegen besteht ein alles entscheidender Unterschied: Wenn Sie dieser „Ertüchtigung“ jetzt zustimmen, wird sich die Umschuldungsfrage trotzdem wieder stellen, aber mit größeren Summen und einer sehr bald nicht mehr tragbaren Belastung für Deutschland. Bis dahin bleiben die Finanzmärkte unsicher und instabil. Zudem wird der Druck, überkommene Strukturen zu reformieren, in den Krisenländern sofort nachlassen. Die Situation ist dann erheblich schwieriger und fragiler - oder es ist dann schon zu spät! Wenn Sie dagegen in die EFSF das Prinzip von Risiko und Haftung nachträglich hineinverhandeln, kann es kurzfristig Unruhe an den Finanzmärkten geben – aber mittelfristig werden Wirtschaftsreformen schneller greifen und wieder zu Wachstum und normalen Verhältnissen in Europa führen.

Die Jungen Unternehmer fordern Sie auf, am 29. September bei der Abstimmung zur EFSF-Ertüchtigung auf einer Nachbesserung des Rettungsschirmes zu bestehen. Stimmen Sie zunächst mit „Nein“, um dann einen besseren Krisen-Mechanismus zu ermöglichen.

Wir Jungen Unternehmer haben uns intensiv mit der Euro-Rettung befasst, denn unsere Generation wird die Rechnung begleichen müssen. Unsere Proteste und Vorschläge schicken wir Ihnen am Montag auch als Video per Mail. Gerne sind wir zu einem persönlichen Gespräch bereit. Bitte vertreten Sie am 29. September auch die Interessen der jungen Generation und stimmen Sie dem ungedeckten Wechsel auf die Zukunft nicht zu.

Mit freundlichen Grüßen



Marie-Christine Ostermann
Bundesvorsitzende



Ralf Saatkamp
stellv. Bundesvorsitzender

Anlage: Rede des Bundesbankpräsidenten